

VI. Freiheit für eine faire Gesellschaft

Liberaler Gesellschafts-, Familien und Sozialpolitik will den Menschen persönliche Freiheit und Lebenschancen sichern. Wir stärken die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Liberale Politik fordert und fördert Verantwortung für und in der Gesellschaft.

Freiheit – das Streben, das eigene Leben in die Hand zu nehmen – ist nur möglich, wenn die nötigen materiellen Grundvoraussetzungen gegeben sind. Die beste Sozialpolitik ist deshalb eine Politik, die Arbeitsplätze schafft. Dafür ist entscheidend, dass die Lohnnebenkosten, beispielsweise durch Entkoppelung der Krankenversicherungsbeiträge vom Einkommen, gesenkt werden.

Auch wer nicht aus eigener Kraft für seinen Lebensunterhalt sorgen kann, soll ein selbstbestimmtes Leben führen können. Liberale Gesellschaftspolitik will deshalb die Existenzgrundlage für ein selbst bestimmtes Leben sichern und allgemein unkalkulierbaren Lebensrisiken begegnen. Dabei darf nicht die Abhängigkeit von staatlichen Zuwendungen im Vordergrund stehen, sondern Hilfe zur Selbsthilfe. Bei uns haben sich die sozialen Sicherungssysteme allerdings verselbstständigt. Ein Drittel des Sozialprodukts macht mittlerweile der Sozialbereich. Eine Konzentration auf die wirklich Bedürftigen ist erforderlich.

Wir wollen die bisherigen personenbezogenen Leistungen zu einer Leistung zusammenfassen und damit Bürokratie abbauen.

Wir fordern ein Transfer-System, das auch im Niedriglohn-Sektor Arbeitsanreize erhält und Brücken in neue Beschäftigung baut. Einkommen aus geringfügigen Beschäftigungen sollen deshalb nur noch teilweise in die Berechnung der Bedürftigkeit für die Sozialleistungen einfließen zu lassen. Unsere Vision ist die vollständige Umsetzung des liberalen Bürgergeld-Modells, einer negativen Einkommensteuer.

Eine tragende Säule im Sozialsystem ist das ehrenamtliche Engagement - als freiwillige Solidarität der Menschen jenseits des vielfach anonym und kalt gewordenen Sozialstaates. Ohne ehrenamtliche Hilfe durch Verwandte, Nachbarn, Freunde in Vereinen, Parteien, Organisationen und Verbänden oder Selbsthilfegruppen kann ein Sozialsystem nicht funktionieren.

1. Familie ist dort, wo Kinder sind

Liberaler Familienpolitik will jungen Menschen Mut machen, sich für Kinder zu entscheiden. Die immer wichtiger werdende Voraussetzung dafür ist nach unserer Überzeugung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nur so werden sich gerade die hoch qualifizierten Frauen und Männer, die heute immer öfter ihr ganzes Leben kinderlos bleiben, für Kinder entscheiden.

Neben Teilzeitarbeitsplätzen, flexibleren Arbeitszeiten, Job-Sharing und Tele-Arbeit muss deshalb ein breiteres und flexibleres Angebot der Kinderbetreuung entstehen.

Die FDP will für NRW:

- die in Folge des demographischen Wandels in Kindergärten nicht mehr benötigten Plätze für Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren weiter finanzieren, damit in den Einrichtungen neue Betreuungsangebote für unter Dreijährige geschaffen sowie die Förder- und Arbeitsbedingungen in den Gruppen verbessert werden können.
- die pädagogische Qualität der Kindertagesstätten sowie ihre Orientierung am konkreten Bedarf Eltern – z.B. bei den Öffnungszeiten – durch ein neues, stärker die Nachfrage berücksichtigendes Finanzierungssystem verbessern. Dieses wollen wir im Dialog mit Verbänden, Trägern und Beschäftigten sowie auf der Basis einer zunächst modellhaften Erprobungen entwickeln.
- im Rahmen des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz (halbtags zwischen dem dritten und sechsten Lebensjahr) beginnend mit dem Jahr vor der Einschulung und langfristig komplett auf einen Elternbeitrag verzichten. Die Kosten dafür muss das Land tragen.
- das Betreuungsangebot durch Tagespflegepersonen verbessern, indem ihre Vermittlung an Eltern, ihre fachliche Beratung, Begleitung und weitere Qualifizierung sowie die Gewährung einer laufenden Geldleistung in

geeigneter Weise landesgesetzlich geregelt wird.

- die Einrichtung von betrieblichen Kindertageseinrichtungen durch Verwaltungsvereinfachungen und neue Kooperationsmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen Unternehmen oder Behörden erleichtern.
- einen qualitätsorientierten Neustart für die Betreuung von Schulkindern statt des Monopolzwangs „offene Ganztagschule“ (siehe Kapitel 2, S. 15).
- Eltern bei der Wahrnehmung ihres Erziehungsauftrages stärker als bisher durch Beratungsangebote und Kurse unterstützen. Die Ehe-, Lebens- und Familienberatungsstellen sowie die Familienbildungsstätten sind dafür eng mit anderen Institutionen zu vernetzen.
- eine effektive Beratungsinfrastruktur für Familien ohne kostenträchtige Doppelangebote, in der auch die Drogenprävention sowie die gezielte sexuelle und gesundheitliche Aufklärung bei Jugendlichen unterstützt werden.
- ein Angebot von Beratungsstellen, sozialpädagogischer Familienhilfe und Tagesförderungen für Kinder und Jugendliche mit besonderen erzieherischen Beeinträchtigungen entwickeln, um die Fremdunterbringung in Heimeinrichtungen zu vermeiden.
- den Vorrang der Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien statt in Heimen strikt am Kindeswohl orientieren.

2. Mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen

Das Gesundheitswesen versteht die FDP als Wachstumsmarkt. Hier können Arbeitsplätze in NRW entstehen. Das bedeutet aber, dass Markt und Wettbewerb zu Leitlinien einer zukunftsfähigen Gesundheitspolitik werden. Nicht mit mehr staatlichen Reglementierungen und Planungen rücken die Interessen der Patienten und Versicherten, aber auch der im Gesundheitswesen Arbeitenden in den Mittelpunkt. Wir wollen Freiheit und Eigenverantwortung in der Gesundheit stärken.

Libérale Gesundheitspolitik bedeutet Hilfe zur Selbsthilfe. Sie will die Menschen darin unterstützen, sich ihre Gesundheit zu erhalten oder wiederherzustellen, sich dabei aber ihrer Mitverantwortung für die eigene Gesundheit bewusst zu sein. Im Krankenversicherungsbereich ist ein grundlegendes Umdenken erforderlich. Unser Konzept einer privaten Krankenversicherung für alle mit sozialem Ausgleich hält den demographischen Herausforderungen stand und erweist sich mit dem Umstieg der Umlagefinanzierung auf Kapitaldeckung als zukunftsfest.

In allen Sparten des Gesundheitswesens - insbesondere in den Krankenhäusern - soll künftig mit modernen Managementkonzepten und Qualitätssicherung die Patientenversorgung verbessert und kostengünstiger gearbeitet werden. Um der absehbaren demographischen, finanziellen und medizinischen Entwicklung Rechnung zu tragen, ist eine Verbesserung der Organisationsstruktur für die Versorgung Schwerkranker unumgänglich – insbesondere durch ambulante Hospiz- und Palliativdienste sowie Palliativstationen.

Die FDP will für NRW

- eine landesweite, flächendeckende und wohnortnahe medizinische Versorgung.
- einen fairen Wettbewerb unter den verschiedenen Anbietern im Bereich der sozialen Betreuung und des Gesundheitswesens. Die erhöhten Wahlmöglichkeiten derjenigen, die Hilfe brauchen, tragen damit zur Verbesserung der individuellen Gestaltungsmöglichkeiten und der Betreuungsqualität bei.
- die beste Gesundheitsversorgung für unsere Kinder von Geburt an. Dazu gehören die U-Vorsorgeuntersuchungen im Vorschulalter, alle notwendigen Impfungen, eine intensive Schuleingangsuntersuchung und eine schulärztliche Begleitung. Spezielle klinischen Versorgungsabteilungen für Kinder und Jugendliche müssen von den radikalen und undifferenzierten Abrechnungsbedingungen der Fallpauschalen ausgenommen werden.
- die flächendeckende Etablierung von Einrichtungen der Hospizbewegung und Palliativversorgung, wobei auch die besonderen Belange von betroffenen Kindern und Jugendlichen berücksichtigt werden müssen.
- Vielfalt der Betreuungsangebote und Gleichberechtigung privater Anbieter gegenüber kommunalen und freigemeinnützigen Trägern.
- die wichtige Aufklärungs- und Präventionsarbeit der Aidshilfe in NRW weiter fördern. Bei ca. 450 Neuerkrankungen pro Jahr in NRW ist die Krankheit keinesfalls beherrscht.
- Menschen, die Pflege brauchen, und auch betreuende Angehörigen und ehrenamtlichen Pflegenden „vor Ort“ eine

kompetente, qualitätssichernde und umfassende Pflegeberatung anbieten. Betroffene werden so in die Lage versetzt, selbst zu entscheiden, wie sie alters- und krankheitsbedingte Einschränkungen auch in den „eigenen vier Wänden“ am besten kompensieren können. Die ambulante Pflege ist vor der stationären Pflege verstärkt zu fördern. Gute Nachbarschaftsstrukturen und neue Wohnformen können den Übergang zur stationären Pflege lange verzögern.

3. Freiheit und Verantwortung in der Jugendförderung

Neben der Förderung, Erziehung und Bildung junger Menschen in Familie, Schule und Beruf leistet die Jugendarbeit in Verbänden, Vereinen und Einrichtungen einen wesentlichen Beitrag für eine ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Jugendarbeit hat darüber hinaus auch einen hohen Stellenwert als sinnvolle Freizeitbeschäftigung.

Die FDP setzt sich für eine familien- und jugendgerechte Sportpolitik als soziale und präventive Komponente für eine aktive Bürgergesellschaft ein.

Diese positiven Wirkungen wären ohne den persönlichen Einsatz der vielen Ehrenamtler nicht möglich. Um ihnen eine stabile Grundlage zu geben, ist in der Förderung durch den Landesjugendplan des Landes eine neue Verlässlichkeit erforderlich.

Die FDP will für NRW:

- die Förderschwerpunkte und Verwaltungsrichtlinien des Landesjugendplans – dem zentralen Förderinstrument des Landes auf der Basis des neuen Jugendförderungsgesetzes – im Dialog mit Verbänden, Trägern und Experten weiterentwickeln.
- im Gegensatz zur rot-grünen Landesregierung dabei die offene Jugendarbeit in Jugendhäusern, -zentren und anderen Einrichtungen, die dem Lebensstil und Freizeitverhalten der Jugendlichen Rechnung tragen, weiter fördern. Diese Angebote dienen insbesondere auch als Knotenpunkte des sozialen Netzes und als Begegnungsstätten junger Menschen unterschiedlicher Herkunft.
- die Jugendhilfe als eigenständiges Sozialisationsfeld neben der Schule erhalten, aber Kooperationen auf gleicher Augenhöhe forcieren.
- die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Entscheidungsprozessen gerade in kleineren und mittelgroßen Gemeinden fördern, indem Räte und Verwaltungen informiert und eine durch eine landesweite „Leitstelle Partizipation“ nach rheinland-pfälzischem Vorbild unterstützt werden.

4. Neue Chancen für Menschen mit Migrationshintergrund

In NRW leben fast zwei Millionen Ausländer, Asylsuchende und Flüchtlinge sowie rund 790.000 Spätaussiedler. Diese Bevölkerungsgruppe ist wesentlich jünger als der Bevölkerungsdurchschnitt. Deshalb werden von den Neugeborenen in NRW bereits heute ca. 35 bis 40 Prozent in eine Familie mit Migrationsgeschichte geboren.

Erfolgreiche Integration setzt sowohl die Bereitschaft der aufnehmenden Gesellschaft, Integration zu fördern, als auch die Bereitschaft der Dazugekommenen voraus, das Integrationsangebot anzunehmen. Obwohl Beispiele für gelungene Integration vorhanden sind – etwa die Verbesserung der beruflichen Stellung von Migranten –, sind wir insgesamt von einer erfolgreichen Integration im Sinne einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben weit entfernt. So hat beispielsweise die PISA-Studie bei den Kindern aus Zuwandererfamilien gerade in Nordrhein-Westfalen Besorgnis erregende Förder- und Integrationsdefizite identifiziert.

Genauso wenig wie Integration die Verleugnung der Muttersprache, Kultur oder Religion bedeutet, darf Multikulturalismus mit Beliebigkeit verwechselt werden. Unaufgebbare Integrationsziele sind deshalb für die FDP-NRW die Kenntnis der deutschen Sprache, das aktive Eintreten für die Wertordnung des Grundgesetzes und das erfolgreiche Durchlaufen unseres Bildungssystems.

Migranten müssen alle Chancen auf soziale Teilhabe haben. Ziel liberaler Integrationspolitik ist es deshalb, Ausländern und Menschen mit Migrationshintergrund gleiche Bildungs- und Berufschancen in unserer Gesellschaft zu gewähren und sie umfassend am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu beteiligen.

Die FDP will für NRW

- die Zeit des dreijährigen Kindergartenbesuchs verstärkt nutzen, um Kindern aus Zuwandererfamilien in Alltagssituationen und altersgemäß die deutsche Sprache so gut zu vermitteln, dass sie bis zur Einschulung dem Unterricht problemlos folgen können.
- einen verbindlichen Sprachtest in Deutsch für alle Kinder 1 Jahr vor der Einschulung. Wer den Test nicht be-

steht, erhält ein Jahr lang verbindliche Sprachförderung.

- den muttersprachlichen Unterricht als Voraussetzung für das Erlernen der deutschen Sprache weiter fördern.
- spezielle Angebote für Eltern von Migrantenkindern, um deren Sprachkenntnisse, Partizipation und Integration zu fördern.
- auch für Asylbewerberkinder und jugendliche geduldete Flüchtlinge die Schulpflicht einführen und ihnen einen Zugang zu unserem dualen Ausbildungssystem öffnen.
- in Asylverfahren die Behandlung von Menschen unter 18 Jahren als Kinder im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention.
- ein Bleiberecht für Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge, die seit vielen Jahren in unserem Land leben und hier gut integriert sind.
- die künftige Gesundheitsversorgung sowie die Pflege- und Betreuungseinrichtungen für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung auch den speziellen Bedürfnisse von Migarntinnen gerecht wird.

5. Aktiv und selbstbestimmt im Alter

Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung nimmt stetig zu. Dieser tief greifende demografische Wandel und auch die veränderten Erwartungen und Ansprüche älterer Menschen stellen neue Anforderungen an die Politik. Politik für ältere Menschen ist in erster Linie Gesellschaftspolitik. Wir wollen ein Miteinander, kein Gegeneinander der Generationen. Der Dialog zwischen den Generationen soll gefördert werden, damit Erfahrungen weitergegeben und Vorurteile abgebaut werden.

Der dritte Lebensabschnitt ist voller neuer Möglichkeiten und Chancen. Verantwortung kennt keinen Ruhestand. Und Eigenverantwortung lässt sich nicht in Rente schicken. Ältere Menschen wollen und brauchen keine Sonderrechte, sondern Akzeptanz ihrer Lebensleistung. Sie sollten ihr Leben so lange wie möglich selbst in der eigenen Wohnung gestalten können. Um diese Lebensqualität zu gewährleisten, bedarf es zum einen altersgerechtem Wohnraum, zum anderen bedarf es altersgerechter Angebote zur Unterstützung einer selbständigen Lebensführung: Angebote in Sport, Kultur und Bildung mit der Möglichkeit zu Kontakten und Begegnungen.

Die FDP will für NRW:

- Anerkennung der Leistung älterer Menschen
- eine faire Lastenverteilung zwischen den Generationen
- verstärkte Mitwirkung bei seniorenrelevanten Entscheidungen
- keine altersbedingten Diskriminierungen
- Rahmenbedingungen für ein eigenständiges und würdevolles Leben in jedem Lebensalter insbesondere durch die Förderung altengerechten Wohnens und den Ausbau eines privaten Systems ambulanter und mobiler Hilfen.
- Die Sicherstellung einer ausreichenden Anzahl und Qualität der Pflegeeinrichtungen in der Altenpflege
- in Einrichtungen mit rehabilitierenden Maßnahmen die Verknüpfung mit Pflege und insgesamt die die Weiterentwicklung der häuslichen und aktivierenden Pflege
- den Ausbau und die Weiterentwicklung fachqualifizierter geriatrischer und gerontopsychiatrischer Angebote
- die Unterstützung von Eigeninitiativen im sportlichen, handwerklichen, kulturellen und künstlerischen Bereich.

6. Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensformen

Liberaler Politik erkennt die zahlreichen möglichen Formen menschlichen Zusammenlebens vorurteils- und wertfrei an. Gleichgeschlechtliche Lebensformen gehören dazu. Diskriminierung jeglicher Art tritt die FDP-NRW deshalb entschieden entgegen. Für Lebenspartner besteht ein Missverhältnis von Rechten und Pflichten, das durch die Verabschiedung eines Ergänzungsgesetzes auf Bundesebene korrigiert werden muss.

Die FDP will für NRW:

- eine schnelle und konsequente Umsetzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes auf Landesebene.
- die Förderung von schwul-lesbischen Projekten durch das Land schrittweise auf eine Stiftung übertragen.
- Nachgewiesene Diskriminierung konsequent ahnden, aber die Beweislast nicht umkehren.

7. Zukunftsorientierte Frauen- und Männerpolitik

Frauenpolitische Fragestellungen haben sich verändert. Die aktuelle Diskussion um das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit (Gender Mainstreaming) ersetzt wesentliche Bereiche der klassischen Frauenpolitik bzw. erweitert diese um die männliche Sichtweise und führt dazu, dass beispielsweise Frauenförderprogramme und Gleichstellungsbeauftragte nicht mehr zeitgemäß, vielfach sogar kontraproduktiv sind und in der Konsequenz zu einem enormen Bürokratieaufwand führen. Insgesamt kann aber Frauenpolitik nicht vollständig ersetzt werden. Rot-Grün hat an der Hauptursache der beruflichen Benachteiligung von Frauen - dem Fehlen ausreichender, bedarfsgerechter und flexibler Betreuungsangebote für Kinder - im wesentlichen nichts geändert, jedoch Doppelstrukturen aufgebaut, die wenig bringen und viel kosten.

Die FDP will für NRW

- ein effektives und dauerhaftes Hilfsangebot für Gewaltopfer sichern. Ineinander greifende Hilfsangebote, vor allem Frauenhäuser und Beratungsstellen für Männer, Frauen und Familien, müssen mit angemessenen Finanzmitteln ausgestattet werden, um neben den akuten Hilfen auch eine effektive Täter-Opfer-Arbeit leisten zu können.
- die Instrumente der reinen Frauenförderung abschaffen. Vielmehr ist die Gleichstellung von Mann und Frau, erweitert um den Aspekt der Generationengerechtigkeit, als Querschnittsaufgabe bei allen politischen Entscheidungen zu berücksichtigen.
- Doppelstrukturen abbauen. So sind die Regionalstellen „Frau und Beruf“ nicht mehr landesseitig zu fördern, da ihre Arbeit in den Zuständigkeitsbereich der Jobcenter fällt.

8. Integration von Menschen mit Behinderungen

Ziel liberaler Politik für Menschen mit Behinderung ist die weitestgehende Selbstbestimmung. Menschen mit Behinderung sollen ein selbstbestimmtes Leben so uneingeschränkt wie möglich führen können. Menschen mit Behinderungen müssen gleiche Chancen haben, ihre Talente frei zu entfalten und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Integration, das Miteinander von behinderten und nichtbehinderten Menschen beginnt mit dem frühzeitigen Miteinanderleben in Kindergarten, Schule und Beruf.

Die FDP will für NRW

- ein selbstverständliches Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung.
- die Integration von Kindern mit Behinderung in Regelschulen, wo dies möglich ist. Bei erhöhtem Förderbedarf ist über die Integration mehrerer „Schulen unter einem Dach“ nach zu denken.
- vorbereitende und ergänzende Hilfen durch die Arbeitsämter bei der Vermittlung von Menschen mit Behinderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt.
- ein behinderten- und familiengerechtes Wohnumfeld, d.h. den bedarfsgerechten Ausbau barrierefreier Wohnungen und differenzierter Gemeinschaftswohnformen.
- die Zugänglichkeit von öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen im Sinne von barrierefreien Städten und Gemeinden sowie die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Straßenraumes und der Verkehrsmittel.
- ein flächendeckendes Netz von Beratungs- und Früherkennungsstellen sowie den raschen Ausbau weiterer Frühförderungseinrichtungen für Kinder und Eltern.
- Menschen mit Behinderungen sollen größere individuelle Entscheidungsspielräume erhalten. In Anlehnung an das niederländische "Kundenmodell" sollen ihnen künftig nicht mehr bestimmte Sachleistungen 'zugeteilt' werden; vielmehr erhalten sie ein persönliches Budget, mit dem sie solche Dienstleistungen, die sie individuell benötigen, auswählen und finanzieren können.

9. Wege aus der Sucht

Suchtpolitik fußt auf dem Verständnis von Sucht als ernstzunehmender Krankheit. Verhinderung von Sucht steht an

Das neue NRW

erster Stelle liberaler Drogenpolitik. Der Konsum von legalen und illegalen Drogen ist gerade bei Kindern und Jugendlichen erschreckend hoch. Besonders jungen Menschen muss bei der Entwicklung von Lebenskompetenz für ein drogenfreies Leben geholfen werden. Notwendig ist aber ebenso ein umfangreiches Hilfsangebot für Suchtkranke. Dies bedeutet auch: Suchtkranke dürfen nicht als Kriminelle diskriminiert werden, denn Kriminalisierung verstärkt den Kreislauf von Sucht und sozialer Ausgrenzung.

Die bisherige Drogenpolitik ist im Hinblick auf ihre Ergebnisse als gescheitert anzusehen. Analog zu einem wirklichen, das heißt wirklichkeitsnahen, Verständnis der Ursachen müssen neue Wege in der Drogenpolitik eingeschlagen werden.

Die FDP will für NRW:

- eine wirksame Aufklärung und Suchtprävention in der Kinder- und Jugendarbeit und in der Schule. Verbote allein bewirken nichts.
- Schaffung und Sicherstellung ausreichender Betreuungs- und Behandlungsangebote vor, während und nach der Therapie.
- neue Wege in der Drogenpolitik, die Suchtkranken helfen, aus dem Teufelskreis der Beschaffungskriminalität auszusteigen, statt sie zu kriminalisieren - wie die Einrichtung von Drogenkonsumräumen und die Weiterentwicklung von Substitutionsprogrammen.
- eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes mit dem Ziel, die Nutzung und den Betrieb der "Fixerstuben" gesetzlich abzusichern und sowohl für die Suchtkranken als auch für die Betreiber der Räume und die Polizei Rechtssicherheit zu schaffen.
- zum Wohle der Betroffenen die Fortsetzung des bundesweiten „Modellprojekts zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger“, bis die Ergebnisse der Gesamtstudie vorliegen.
- die Betreuung der Suchtkranken in den Justizvollzugsanstalten auf eine solide Basis gestellt und die Finanzierung zuverlässig gesichert wissen.

10. Maßregelvollzug sensibel gestalten

Das Thema Maßregelvollzug bedarf aufgrund der begleitenden Ängste der Bürgerinnen und Bürger einer besonderen Sensibilität. Die forensischen Kliniken in NRW sind hochgradig überbelegt. Die FDP unterstützt deshalb den dezentralen Ausbau der Maßregelvollzugseinrichtungen. Bei diesem notwendigen Verfahren sind jedoch die Befürchtungen seitens der Bevölkerung zu berücksichtigen.

Die FDP will für NRW

- die zügige Fertigstellung der geplanten Neubauten. Bis zu ihrer Inbetriebnahme ist eine ausreichende Anzahl von Übergangsplätzen einzurichten.
- die Sicherheit der Bevölkerung im Bereich der Kliniken gewährleisten und die Akzeptanz der Einrichtungen an den neuen Standorten erhöhen, alle sicherheitsrelevanten Anlagen auf ihre Funktionstüchtigkeit überprüfen und den Erfordernissen anpassen.
- alle Einrichtungen des Maßregelvollzugs mit einer den Aufgaben angemessenen Anzahl hochspezialisierten Fachpersonals auf allen Ebenen ausstatten.
- eine angemessene Nachsorge für die Zeit nach der Entlassung sicherstellen. Nur so ist eine qualifizierte und nachhaltige Therapie der psychisch kranken Straftäter zu gewährleisten.

11. Kirchen und Religionsgemeinschaften

Im Zeitalter globaler Zusammenarbeit sind ein freier Gedankenaustausch und die friedliche Wertediskussion aller Religionen notwendig.

Die Liberalen verteidigen die Glaubens- und Gewissensfreiheit und setzen auf die grundsätzliche Trennung von Kirche und Staat. Toleranz und Respekt vor der Glaubensüberzeugung des anderen sind wichtige Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben in der Gesellschaft.

Die FDP NRW bejaht die Autonomie der Kirchen und Religionsgemeinschaften gegenüber dem Staat und begrüßt deren tragende Rolle bei der Vorgabe der unentbehrlichen, ethischen Grundlagen, von denen der Staat lebt, sowie bei der Erfüllung von Aufgaben der Bildung, Krankenpflege und sozialen Versorgung.